

Von: Europe Direct Informationszentrum Köln [mailto:newsletter@ize-koeln.de]

Gesendet: Samstag, 28. Januar 2017 18:02

An: Walter Kluth

Betreff: Newsletter Februar 2017



Europe Direct-Informationszentrum Köln und
Region Köln/Bonn

c/o VHS Studienhaus am Neumarkt

Josef-Haubrich-Hof, Eingang Cäcilienstraße 35

50667 Köln

Tel.: 0221/221-22476

E-mail: europedirect@stadt-koeln.de

Facebook: [EUROPE DIRECT](#)

Liebe Europäerinnen und Europäer,

wir freuen uns Ihnen hier wieder die neuesten EU-Nachrichten und unsere Veranstaltungshinweise vorzustellen.

Ihr EUROPE DIRECT Köln Team

Donnerstag, 2. Februar 2017, 18-19:30 Uhr

Die Ardennen und das Herz Europas

Diese virtuelle Reise führt uns durch die belgischen und französischen Ardennen sowie in die Champagne. Das Herz Europas schlägt hier. Wir werden von zwei großen Dichtern, Arthur Rimbaud und Paul Verlaine, mit ihren Gedichten begleitet: hier gibt es keine Grenzen, mal in Belgien, mal in Frankreich - die beiden Freunde lieben sich und zanken sich. Wir verlassen die Ardennen und kommen in die Champagne: Reims, die Stadt der Taufe Chlodwigs, Anfang der französischen Monarchie, heute Symbol für die deutsch-französische Freundschaft, aber auch die Hauptstadt des Champagners.

Veranstaltungsort: VHS Studienhaus am Neumarkt, Cäcilienstraße 35, 50667 Köln

Freitag, 17. Februar 2017, 18-19:30 Uhr

Nach der Krise ist vor der Krise

Europa und der Euro im ständigen Krisenmodus? Expertengespräch mit Siebo M.H. Janssen und Jürgen Matthes (Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln). Moderation: Jochen Leyhe. Ist die Wirtschafts- und Finanzkrise je wirklich vorüber gegangen? Trotz des stabilen deutschen Wachstums schwächtelt die globale Ökonomie, was beträchtliche Auswirkungen auf den europäischen Wirtschaftsraum und die Euroländer hat. Diese und andere Zusammenhänge der Eurokrise diskutieren wir heute mit Jürgen Matthes vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln.

Veranstaltungsort: Europäisches Dokumentationszentrum EDZ in der Universitäts- und Stadtbibliothek, Universitätsstraße 33, 50931 Köln



Gedenken an Holocaust

Am 25. Januar 2017 trafen in Brüssel Mitglieder des Europäischen Parlaments, Vertreter der jüdischen Gemeinschaften in Europa und weitere Ehrengäste zusammen, um den Opfern des Holocausts zu gedenken. Erinnert wurde dabei an den 27. Januar 1945, dem Tag der Befreiung von Auschwitz. EU-Parlamentspräsident Antonio Tajani bezeichnete den Holocaust als die schlimmste Tragödie in der europäischen Geschichte. Er hob die Bedeutung des Gedenkens hervor, um eine Katastrophe ähnlichen Ausmaßes in Zukunft nie wieder geschehen zu lassen. Die Zukunft Europas basiere auf Frieden, Demokratie und Respekt für die Würde jedes Menschen, so Tajani weiter. Mosche Kantor, Präsident des Europäischen Jüdischen Kongresses, war ebenfalls zugegen und betonte die Verbundenheit europäischer Juden zu Europa und seiner friedlichen Zukunft. UNESCO-Sonderbotschafterin Beate Klarsfeld, die sich schon in der Vergangenheit bei der Aufklärung und Verfolgung von Nazi-Verbrechen engagiert hatte, hielt ebenfalls eine Rede. Sie lobte die immense Wandlung Deutschlands in den Jahren nach dem Holocaust, warnte jedoch gleichzeitig vor jetzt wieder auftretendem Rassismus und neuer Fremdenfeindlichkeit in Bezug auf die aktuelle Flüchtlingskrise.



Essen ist Grüne Hauptstadt Europas 2017

2017 ist die ehemalige Kohle- und Stahlmetropole Essen zur grünsten Stadt Nordrhein-Westfalens gewählt worden. EU-Kommissar Karmenu Vella, zuständig für Umwelt, Meerespolitik und Fischerei, verlieh in einer offiziellen Eröffnungsfeier im Beisein von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks und NRW-Umweltminister Johannes Remmel der Stadt den Titel „Grüne Hauptstadt Europas 2017“. Seit 2010 wird diese Auszeichnung an europäische Städte vergeben. Nach Hamburg 2011 ist mit Essen nun schon die zweite Stadt in Deutschland, die diesen Titel tragen darf.

Essen folgt damit Ljubljana, Hauptstadt von Slowenien, die diesen Titel 2016 trug. Kommissar Vella beglückwünschte Essen und Oberbürgermeister Thomas Kufen zu dem Erfolg. Essen sei ein lebenswerter, gesünderer Wohnort geworden, dem große Fortschritte in Umweltbewusstsein und Nachhaltigkeit gelungen seien. Besonders beeindruckt hat die Jury unter anderem, dass 128.000 Quadratmeter des Straßennetzes mit lärmämmendem Asphalt gedeckt sind, dass 95 Prozent der Bevölkerung in einem 300m-Umkreis von Grünflächen lebt, und das Wasserwirtschaftssystem mit seinen multifunktionalen Grünflächen. Darüber hinaus haben auch die ehrgeizigen, quantifizierbaren Ziele (Reduzierung der CO2-Emissionen um 40 Prozent bis 2020, die Schaffung von 20.000 Arbeitsplätzen im Umweltsektor bis 2035 und die Verringerung des Auto-Individualverkehrs um 29 Prozent bis zum selben Jahr) Anerkennung hervorgerufen. In seinem Hauptstadtjahr plant Essen über 300 weitere Bürgerprojekte und Initiativen, welche die Lebensqualität in der Stadt weiter verbessern und das Prinzip der Nachhaltigkeit als Grundprinzip in allen Stadtentwicklungsprogrammen festlegen sollen. Die Auszeichnung Grüne Hauptstadt Europas soll Anstrengungen und Engagement zur Verbesserung der städtischen Umwelt belohnen und gleichzeitig Ansporn sein, sich die Notwendigkeit zu einem umweltfreundlichen Verhalten auf städtischer Ebene bewusst zu machen.



Juncker über die Maltesische EU-Ratspräsidentschaft

EU-Kommissionspräsident Juncker hat im EU-Parlament in Straßburg dem neuen Parlamentspräsidenten Antonio Tajani zu seiner Wahl gratuliert und hohe Erwartungen an die maltesische Ratspräsidentschaft der EU geäußert. Es geht darum die Wirtschaft zu stärken, die Migration zu steuern, die terroristische Bedrohung zu bekämpfen und den richtigen Weg zu finden für den Umgang mit der Entscheidung des Vereinigten Königreichs für den Brexit und für die Beziehungen zwischen der EU und dem Amerika von Donald Trump.

Tajani beschrieb die Sorge vieler EU-Bürger um ihre Sicherheit nach den furchtbaren Attentaten in Deutschland, Frankreich und Belgien. Demzufolge ist der Kampf gegen den Terror und die Überwachung der Grenzen aktuell von großer Wichtigkeit. Es geht dabei

sowohl um einen besseren Überblick über die Bewegungen potentieller Terroristen als auch den Reisen sämtlicher Personen ohne Visa.

Weitere Prioritäten der europäischen Politik sind Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Auch in diesen Belangen sprach Juncker der neuen maltesischen Ratspräsidentschaft sein Zuversicht und sein Vertrauen aus: „Ich bin froh darüber, dass für die maltesische Ratspräsidentschaft zu den wirtschaftlichen Prioritäten auch die sozialen dazugehören“, so Juncker weiter. Dabei gehe es darum, das europäische Modell einer sozialen Marktwirtschaft zu bewahren und zu verteidigen, um Ungerechtigkeit und Armut zu verhindern.



Hilfe für Flüchtlinge auf Lesbos

EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos hat während seines Besuches auf der griechischen Insel Lesbos alle Seiten zu mehr Anstrengungen aufgerufen. Er betonte die prekäre Lage vieler Flüchtlinge und rief Griechen und alle anderen Europäer dazu auf, diese Zustände zu bekämpfen. Er sicherte Griechenland weitere EU-Gelder zu. In den letzten zwei Jahren bekam das Land über eine Milliarde Euro an finanzieller Unterstützung. Damit ist Griechenland der größte Empfänger von EU-Mitteln aus dem Bereich Inneres. Avramopoulos betonte, dass es hierbei nicht um Politik, sondern vielmehr um Menschlichkeit und humanitäres Engagement ginge. Demzufolge sollten auch andere EU-Mitgliedsstaaten versuchen, im Zuge der Umverteilung mehr Flüchtlinge bei sich aufzunehmen.

Durch die EU-Türkei-Erklärung sei dem Verlust von Menschenleben auf See zwar ein Ende bereitet worden, dennoch bleibe die Bewältigung der größten Flüchtlingskrise der europäischen Geschichte eine gemeinsame Verantwortung aller EU-Staaten. Sie alle müssten darauf hinarbeiten, gefährdete Personen zu retten, aber auch die Rückführung von Personen ohne Asylanspruch zu beschleunigen.



Mehr Transparenz bei Mietwagen innerhalb der EU

Die Buchung eines Mietwagens innerhalb der Europäischen Union soll künftig transparenter und fairer ablaufen. Nach intensiven Verhandlungen mit der EU-Kommission und den europäischen Verbraucherschutzbehörden haben sich die fünf führenden Autovermietungsunternehmen (Avis, Europcar, Enterprise, Hertz und Sixt) dazu bereit erklärt, ihre Geschäftspraktiken entsprechend anzupassen.

Dem vorangegangen waren zahlreiche Beschwerden von Touristen in der gesamten EU. Dank des Dialogs mit den nationalen Verbraucherschutzbehörden, den die Europäische Kommission unter der Führung der britischen Wettbewerbs- und Marktbehörde gefördert hat, profitieren die Verbraucher nun von folgenden Bedingungen:

- Im angekündigten Gesamtpreis sind alle unvermeidbaren Kosten enthalten. Wenn beispielsweise Winterreifen in einigen Ländern gesetzlich vorgeschrieben sind, müssen diese im angekündigten Gesamtpreis enthalten sein.
- Beschreibung der wichtigsten Vermietungsdienstleistungen in verständlicher Sprache. Die Verbraucher erhalten klare Informationen über die wesentlichen Mietkonditionen (im Preis enthaltene Kilometerzahl, Betankungsregeln, Stornierungsmodalitäten, Höhe der etwaigen Kaution usw.).
- Die Informationen über zusätzliche Versicherungen sind eindeutig. Die Verbraucher erhalten eine Angabe des Preises und Einzelheiten zu möglichen Extras, insbesondere zu zusätzlichen Versicherungsoptionen, die die Selbstbeteiligung im Schadensfall senken. Was die Versicherung im Grundmietpreis abdeckt und was die etwaigen zusätzlichen Versicherungen abdecken, muss klar angegeben sein, bevor der Verbraucher den Mietvertrag abschließt.
- Transparente Betankungsregeln. Verbraucher erhalten stets die Möglichkeit, das Fahrzeug mit vollem Tank in Empfang zu nehmen und es vollgetankt zurückzubringen.

In Schadensfällen gibt es folgende Neuregelungen:

- Eindeutiges Verfahren für die Kontrolle des Fahrzeugs. Den Verbrauchern werden Gründe und Nachweise für etwaige Schäden vorgelegt, bevor die Zahlung fällig wird.
- Faire Verfahren für den Umgang mit Schäden. Der Verbraucher hat vor der Zahlung die Möglichkeit, etwaige Schäden anzufechten.